



Stellungnahme zu den Forderungen von *FridaysForFuture*

(Stellungnahme der Umweltgewerkschaft zu den am 8.4. 2019 in Berlin vorgestellten „Forderungen für den Klimaschutz“ von *FridaysForFuture*)

Die Umweltgewerkschaft begrüßt und unterstützt die radikale Klimaschutz-Jugendbewegung *FridaysForFuture* ausdrücklich!

Wir beteiligen uns bundesweit an euren Demonstrationen und werben in Betrieben und Wohnorten für diese neue und globale Jugend-Bewegung. Wir finden es besonders gut, dass ihr den „**Streik**“-**Begriff aus der Arbeiterbewegung** für euren Freitags-Unterrichts-boycott gewählt habt – er bringt zum Ausdruck, dass **ernsthaft, massenhaft und organisiert** gekämpft werden muss.

In den von *FridaysForFuture* vorgestellten „Forderungen für den Klimaschutz“ sehen wir **zwei verschiedene Richtungen**, wie die Erde vor dem Kollaps zu retten ist:

- einerseits **Sofortmaßnahmen**, die auf eine **radikale Reduzierung von Treibhausgasen** abzielen („1/4 der Kohlekraftwerke abschalten“, „Ende der Subventionen für fossile Energieträger“, jeweils noch in 2019, „100% erneuerbare Energieversorgung bis 2035“)
- andererseits Forderungen, die die **Masse der Bevölkerung treffen** würden, und zugleich **die Hauptverursacher** der Klimakrise, die Konzerne, Banken und ihre politischen Wasserträger **aus der Schusslinie nehmen** („CO2-Steuer...“, u.a.) Eine CO2-Steuer würden die Unternehmer auf die Preise für die Verbraucher umlegen. Damit wäre die Masse der Menschen nicht nur von der Klimakatastrophe bedroht, sondern auch noch finanziell belastet – und die Unternehmer fein raus!

Zwei Richtungen, zwei Fragen:

Kann der Stopp der menscheitsbedrohenden Klima- und Umweltkrise durch *Appelle an die herrschenden Kreise* überwunden werden?
Oder muss dies *gegen* deren Profit-Interessen *durchgekämpft* werden?
Einfacher gefragt: Mit dem Kapitalismus? Oder gegen den Kapitalismus?

Greta Thunberg meinte dazu:

„*Wenn Lösungen innerhalb des Systems so unmöglich zu finden sind, dann sollten wir vielleicht das System selbst ändern.*“ (Rede 2018 in Kattowice/COP24)

Auch die Orientierung des FFF-Forderungs-Katalogs am „**Pariser Klimavertrag**“ macht den Richtungs-Streit deutlich:

Dieses Abkommen ist keineswegs eine „*verbindliche Grundlage für effektive Klimaschutzmaßnahmen*“ wie es in der FFF-Erklärung heißt. Im Gegenteil, es ist eine **völlig unverbindliche Absichtserklärung**, um die Klimaschutzbewegung auszubremsen.

Der Ansatz der Klimakonferenzen, Profit-Anreize für die Großkonzerne zu schaffen führt dazu, dass die Abkommen zu einem Investitionsprogramm für sogenannte „Umwelt“-Technologien der Großkonzerne werden (z.b. Handel mit Verschmutzungs-Rechten, „Klima-Kompensationsprojekte“ CDM usw.) Das hat mit Umweltschutz rein gar nichts zu tun, sondern führt nachweislich zu einem weiteren Anstieg des Treibhausgas-Ausstoßes.

Weltweiter aktiver Widerstand statt Appelle an die Verursacher der Klimakrise!

Wenn sich Umweltschutz-Massendemonstrationen mit Streiks von Konzernbelegschaften für radikalen Klimaschutz verbinden, dann entsteht die notwendige Durchschlagskraft gegen die Umweltverbrecher in Konzernetagen, Banken und rechten Regierungen.

Drastische Sofortmaßnahmen für den Klimaschutz auf Kosten der Profite!

Bundesvorstand der Umweltgewerkschaft, 5.5. 2019